

Central and Eastern Europe after the First World War / Mittel- und Osteuropa nach dem Ersten Weltkrieg

Veranstalter: Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität, Warschau; Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg; Zentrum für „Area Studies“, Universität Leipzig; Abteilung für Historische Anthropologie, Jagiellonen-Universität Kraków / Krakau; Abteilung für Geschichte, Pavol Jozef Šafárik Universität in Košice/ Kaschau; Zentrum für historische Forschung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest; Babeş-Bolyai Universität Cluj-Napoca / Klausenburg; Slowakisches Institut, Berlin; in Kooperation mit der Slowakischen Botschaft

Datum, Ort: 31.01.2018–02.02.2018, Berlin

Bericht von: Thomas Rohringer, Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA), Technische Universität Berlin

Der Botschafter der Slowakischen Republik, Peter Lizák, begrüßte die Gäste der Tagung, die von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie dem polnischen Ministerium für Kultur und nationales Erbe gefördert wurde. Er wies auf die vielfachen historischen Bezugspunkte der slowakischen Geschichte hin, die sich 2018 jähren und die unterschiedliche Erinnerungen hervorrufen, derer zu gedenken ist. Die Entstehung der demokratischen Slowakischen Republik am 1. Januar 1993, die Kerzendemonstration am 25. März 1988 in Bratislava, die Invasion der Warschauer-Pakt-Truppen am 21. August 1968 in der ČSSR. Einen besonderen Stellenwert haben dabei die Gründung der Tschechoslowakei als parlamentarische Demokratie am 28./30. Oktober 1918 und die Jahre unmittelbar danach, denen auf dieser Tagung die Aufmerksamkeit gilt. Leider hat man bei der Staatsgründung und in 1920er-Jahren versäumt, für die Gleichstellung von Tschechen und Slowakei Sorge zu tragen, wie es im Clevelander und Pittsburger Abkommen im Oktober 1915 bzw. Mai 1918 vereinbart worden war. Dieses Versäumnis begleitete in der Folge die Geschichte der Tschechoslowakei in nicht immer positiver Weise. Erst im Jahre 1968 kam es zu einer Föderation von Slowa-

ken und Tschechen durch ein entsprechendes Verfassungsgesetz. Heute pflegen beide selbständige Staaten enge und freundschaftliche Kontakte.

JAN RYDEL (Krakau) wies auf die unterschiedlichen ostmitteleuropäischen Erinnerungen an das Jahr 1918 hin. Während sie für die einen Grund zur Genugtuung sind, empfinden andere die Konsequenzen dieses Jahres nach wie vor als Wunde. Das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität möchte der Komplexität dieser Erinnerungen 100 Jahre nach der Neugestaltung Ostmitteleuropas gerecht werden, ohne einer Vereinfachung Vorschub zu leisten. Auch aufgrund dieser Motivation plant das Europäische Netzwerk eine Open-Air-Ausstellung zum Thema „After the Great War. New Europe, 1918–1923“, die ab Ende diesen Jahres in europäischen Städten gezeigt werden soll, um auf diese Weise die Genese des östlichen Mitteleuropas in der heutigen Form zu verdeutlichen. MATTHIAS WEBER (Oldenburg) hob ebenfalls die Auswirkung der Pariser Friedensverträge für die Gegenwart hervor. Sie besiegelten das Ende von Imperien und schufen eine neue Staatenordnung in Europa, deren Folgen bis in die Gegenwart spürbar sind – unter anderem in dem Gebot zum friedlichen Interessensausgleich auf rechtlicher Basis. Auch wenn die Idee des Völkerbundes nach wenigen Jahren in der Praxis scheiterte, sind die Hoffnungen auf weltweite, friedensfördernde Regeln und Prinzipien auch heute ungebrochen.

JAY WINTER (New Haven) sprach sich dafür aus, die Bedeutung des Ersten Weltkriegs für die Entstehung neuer Staaten einerseits zu erkennen, ohne die verheerenden Seiten dieses Weltkrieges als eine der größten Katastrophen auszublenden. Die Geschichte der Ostfront müsse immer noch geschrieben werden, daher solle erstens der geographische Fokus von Versailles nach Warschau verlegt werden. Zweitens müsste die Periodisierung verändert werden, da der Krieg nicht 1918 endete. Die erste Kriegsphase 1914–1917 war gekennzeichnet von interner, wenn auch erzwungener, Einigkeit für die Mobilisierung gegen externe Feinde. Mit 1917 veränderte sich jedoch das Verständnis des Krieges bei den zeitgenössischen Akteuren. Er galt nicht mehr als

Krieg zwischen Imperien, sondern als revolutionärer Konflikt im Inneren. Die zweite Phase von 1917 bis 1923, „the Second Great War“, war daher durch eine Kultur der Angst, interne Zersplitterung und ethnische und religiöse Gewalt gekennzeichnet.

Im ersten Panel befasste sich LÁSZLÓ SZARKA (Budapest) mit dem ambitionierten, jedoch letztlich erfolglosen Plan des ungarischen Ministers für Nationalitäten, Oszkár Jászi, Ungarn innenpolitisch als Bund autonomer Regionen nach Schweizer Vorbild zu reorganisieren und außenpolitisch in eine „Donauföderation“ einzubetten. TOBIAS WEGER (Oldenburg) stellte drei Konzepte für ein ostmitteleuropäisches Staatensystem vor. Erstens das „Mitteleuropa“ des Politikers Friedrich Naumann, das einen mitteleuropäischen Großstaat unter deutscher Hegemonie imaginierte. Zweitens „Międzymorze“, das der Ökonom Włodzimierz Wąkar entwickelt hatte und das von Józef Piłsudski aufgegriffen wurde. Drittens die „kleine Entente“, die Politiker der Tschechoslowakei, Rumäniens und des Königreichs Jugoslawien als System bilateraler Übereinkommen zwischen ihren Staaten aufbauten. JOCHEN BÖHLER (Jena) plädierte dafür, die zahlreichen Konflikte zwischen 1918 und 1921 als „Europäischen Bürgerkrieg“ zu betrachten, anstatt sie in unterschiedliche Arten militärisch-politischer Auseinandersetzungen auseinanderzuidividieren oder als bloße Fortsetzung des Ersten Weltkrieges zu fassen. Dies mache deutlich, dass es 1918 noch keine klar definierten Nationalitäten gab, die einander bekriegten. Stattdessen sind die Nationalstaaten als Ergebnis dieses „Europäischen Bürgerkriegs“ zu sehen. MAREK KORNIAT (Warschau) setzte sich mit der „Polnischen Frage“ in der Vorkriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit auseinander. Die außenpolitische Positionierung Polens wurde unterschiedlich begründet. Während Roman Dmowski eine Allianz mit der Tschechoslowakei für unabdingbar hielt, bevorzugte Józef Piłsudski die Errichtung eines baltischen Blocks und Allianzen mit Ungarn und Rumänien. Beide Lösungen erwiesen sich jedoch als nicht realisierbar. DUŠAN KOVÁČ (Bratislava) warf insbesondere die Frage der Definition des Begriffs Imperium auf, die in der anschließenden Dis-

kussion auch auf die alternativen politischen Ordnungskonzepte Ostmitteleuropas ausgeht wurde.

BURKHARD OLSCHOWSKY (Oldenburg) wies im zweiten Panel darauf hin, dass Lenin mit seinem Prinzip nationaler Selbstbestimmung die Möglichkeit einer territorialen Loslösung und Selbstständigkeit vorsah, während Wilson noch 1918 unter dem Begriff Selbstbestimmungsrecht vielmehr die Wahl einer neuen Regierungsform (self-government) durch die Völker verstand. Um seine Handlungsmacht zu wahren, übernahm Wilson Lenins national-territoriale Verständnis des Selbstbestimmungsrechts. MICHAEL ERIC LAMBERT (Paris) ging auf die Folgen des Versailler Vertrages ein. Dieser führte unter anderem zum Entstehen deutscher Minderheiten vor allem im östlichen Europa, die Adolf Hitler mit dem Begriff „Volksdeutsche“ vereinnahmen sollte, um geopolitische Ambitionen mithilfe der Konzeption von einer deutschen Identität und eines deutschem „Volkstums“ zu propagieren. WOLFGANG TEMPLIN (Berlin) stellte die unterschiedlichen Vorstellungen über den polnischen Staat vor. Einerseits Roman Dmowski, dem Leiter der polnischen Delegation in Paris, der Ukrainer, Litauer und Belarussen für unfähig hielt, einen eigenen Staat zu gründen. Andererseits Piłsudski, der für ein souveränes, multiethnisches und multikonfessionelles Polen als Föderation eintrat. MARCELA SÁLÁGEAN (Cluj-Napoca) ging auf die dynamische Entwicklung der rumänischen Parteienlandschaft ein, die durch Agrarreform, allgemeines Wahlrecht und Integration neuer Provinzen beeinflusst wurde. Vier Phasen seien feststellbar: das Entstehen zahlreicher neuer Parteien zwischen 1918 und 1921, das Erstarren nationaler Parteien, eine Konsolidierung der Parteienlandschaft sowie das Auftauchen separatistischer Parteien nach 1927. TOBIAS WEGER (Oldenburg) hob in seinem Kommentar die Bedeutung der Grenzkonflikte für innenpolitische Entwicklungen und die Rolle der orthodoxen Kirche bei der Integration der neuen Provinzen in Rumänien hervor. In der anschließenden Diskussion wies Jay Winter auf den rassistischen „blinden Fleck“ von Woodrow Wilson hin, der ein Selbstbestimmungsrecht nur für Weiße vorsah.

ATTILA SIMON (Komárno / Komárom) nahm exemplarisch die Sozialdemokraten in Košice / Kassa / Kaschau in den Blick und analysierte die Brüche innerhalb der Arbeiterbewegung, als nach 1918 slowakische Arbeiterführer mit tschechischen Sozialdemokraten zusammenarbeiten wollten, die ungarischen Sozialdemokraten die neue Ordnung jedoch ablehnten. ANDREEA DĂNCILĂ (Cluj-Napoca) beleuchtete die kurze transnationale Nachkriegsphase in Transsilvanien, in der lokale Räte eine supranationale Kooperation institutionalisierten, um Gemeinden gegen paramilitärische Milizen zu verteidigen. BEKA KOBAKHIDZE (Oxford) stellte die Bemühungen der georgischen politischen Elite um staatliche Unabhängigkeit vom Zarenreich und ihr Taktieren zwischen dem deutschen Kaiserreich, dem Osmanischen Reich vor November 1918 und Großbritannien nach 1918 in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Mit dem Zerbrechen der imperialen Region „Transkaukasien“ mussten jedoch die Grenzen zwischen den politisch, kulturell, ökonomisch und infrastrukturell eng verflochtenen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan neu gezogen werden. KAROLINA ŁABOWICZ-DYMANUS (Warschau) verglich die unterschiedlichen Entwicklungen bei der Erlangung von Bürger- und Wahlrechten durch Frauen in der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen. Neben den sozio-ökonomischen Faktoren während des Krieges hob sie die enge Verflechtung von Frauenbewegung und Nationalismus in Ostmitteleuropa hervor. JAN RYDEL (Krakau) wies in seinem Kommentar mit Bezug auf die Sozialdemokraten in Košice auf die vergleichbare Situation polnischer und jüdischer Sozialdemokraten in Polen hin und fragte nach dem Spannungsverhältnis zwischen politischer und anderen Zugehörigkeiten. Im Zentrum der anschließenden Diskussion stand die Frage, auf welche Weise Frauen ihre bürgerlichen und politischen Rechte nach dem Kriegsende so rasch erlangen konnten.

MACIEJ GÓRNY verglich im vierten Panel (Warschau), wie Politiker der neuen Staaten Ostmitteleuropas nach 1918 mit den Herausforderungen, die Inflation zu bekämpfen, Finanzkapital zu erlangen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Währung des neuen

Staates wiederherzustellen, umgingen. ANDREI ZAMOISKI (Minsk) untersuchte die antisemitische Gewalt im russischen Bürgerkrieg auf weißrussischem Gebiet, die ihren Platz im politischen und kulturellen Gedächtnis Weißrusslands gefunden hat. Umstritten ist die Bewertung der beteiligten selbsternannten lokalen Machthaber und der antisowjetischen, paramilitärischen Gruppen, die selbst oft mehrmals die Fronten wechselten. PIOTR JUSZKIEWICZ (Posen) sprach über die Verflechtung von Ästhetik, Wissenschaft und Technik als Ausdruck eines allgemeinen Erneuerungsstrebens, das in der Moderne einen quasi religiösen Stellenwert bekam. Die Suche nach einer neuen Ästhetik des Ursprünglichen und Primitiven war dabei gegen bürgerliche Konventionen gerichtet. STEFAN TROEBST (Leipzig) wies in seinem Kommentar unter anderem auf die große Bedeutung des Agrarismus als politischer Bewegung in Ostmitteleuropa hin.

ARNOLD SUPPAN (Wien) setzte sich mit den verschiedenen politischen Akteuren und deren Argumenten zur Durchsetzung ihrer Grenzvorstellungen während der Pariser Friedensverhandlungen auseinander. Er machte deutlich, dass weder das nationale Selbstbestimmungsrecht, noch das Berufen auf historische Grenzen alleine ausreichten, um neue Grenzziehungen zu begründen und durchzusetzen. Mit Blick auf die Entwicklung der Arbeiterparteien in Österreich und Ungarn nach der russischen Oktoberrevolution betonte IBOLYA MURBER (Budapest) die Bedeutung einer überparteilichen Regierungsbildung sowie der gelungenen Balance zwischen den sozialen Reformen der Sozialdemokraten und einer Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus, um die liberale Demokratie in Österreich anders als in Ungarn zu bewahren. RASTKO LOMPAR (Belgrad) argumentierte, dass die ungarische Räterepublik entscheidenden Einfluss auf die Entstehung und Sprache des jugoslawischen Antikommunismus nahm. Diese erste Phase unterschied sich vom späteren Antikommunismus durch das Fehlen antisemitischer Stereotype. INGO LOOSE (Berlin) betonte in seinem Kommentar, dass 1918 nicht nur eine Legitimationskrise, sondern auch die Umsetzung politischer Konzepte darstellte. Sowohl

die Bolschewiken, als auch die Nationalisten glaubten an einen gesetzmäßigen Verlauf der Geschichte. Gleichzeitig sollten ökonomische Interessen bei territorialen Ansprüchen nicht vernachlässigt werden.

MAREK SYRNY sprang über das slowakische Nationalbewusstsein, das zunächst vor allem Teile der sozialen Elite propagierten, bis zur Deklaration des Beitritts der Slowakei in den gemeinsamen Staat Tschechoslowakische Republik am 30. Oktober 1918. RUDOLF KUČERA (Prag) nahm die gesellschaftliche Spaltung in Österreich und der Tschechoslowakei in den Blick. Auch wenn in beiden Staaten unterschiedliche ideologische Interpretationen der sozio-ökonomischen Lage projiziert wurden, sei in der Tschechoslowakei über die Symbolfigur des Präsidenten Masaryk ein moralischer und politischer Konsens im Parteienspektrum gefunden worden. JOANNA URBANEK (Warschau) stellte das internationale Netzwerk für den Austausch zwischen polnischen, österreichischen und deutschen Wissenschaftlern in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen und untersuchte verschiedene Erklärungs- und Klassifikationsversuche für psychische Krankheiten. HANNES GRANDITS (Berlin) ging in seinem Kommentar der Frage nach, ob „Nation“ ein Untersuchungsgegenstand war, dessen Entstehung und Wirkmächtigkeit durch politische, soziale Entwicklungen erklärt werden kann, oder ob „Nation“ das war, was politische Prozesse antreibt.

PETER HASLINGER (Marburg) argumentierte im letzten Panel, dass bei der Befragung der lokalen Bevölkerung durch die ungarisch-tschechoslowakische Grenzziehungskommission die Inszenierung und Orchestrierung patriotischer Äußerungen von Patriotismus „von unten“ eine Rolle spielten. Die Bevölkerung artikulierte keineswegs nur nationale Fragen, sondern äußerte insbesondere lebensweltliche, soziale und ökonomische Sorgen. Mit Blick auf die polnische Geschichtspolitik nach dem Krieg konstatierte BARTOSZ DZIEWANOWSKI-STEFANČZYK (Warschau) eine Art Sinnstiftung durch Gedenk- und Feiertage, welche die Integration der neu hinzugekommenen polnischen Gebiete zelebrierten. VASILIJUS SAFRONOVAS (Klaipėda) argumentierte ge-

gen die landläufige Auffassung, dass der Erste Weltkrieg keinen Platz in der Erinnerungspolitik Litauens gehabt habe und betonte die Diversität der Kriegserfahrungen der litauischen Bevölkerung. Erst nach dem Putsch von 1926 wuchs die erinnerungspolitische Bedeutung der Kriege gegen Polen, die Rote Armee und die Truppen von Pawel Bermond-Awaloff. FLORIN ABRAHAM (Bukarest) ging auf die verschiedenen erinnerungspolitischen Interpretationen des Ersten Weltkrieges in Rumänien ein: Vom „Krieg der nationalen Einigung“ in der Zwischenkriegszeit über die Interpretation als „Krieg der Imperialisten“ während sowjetischer Herrschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, bis zur erneuten Instrumentalisierung als Einigungskrieg unter Nicolae Ceaușescu. In der anschließenden Diskussion wiesen Attila Simon, Jay Winter und Peter Haslinger auf die Bedeutung unterschiedlicher *memory entrepreneurs* hin, die Einfluss auf lokale, regionale und nationale Erinnerungskulturen nahmen. In dieser Hinsicht betonte Attila Simon auch Ähnlichkeiten zwischen Ungarn und Polen, wo die Kultur als wichtiges Instrument der Nationsbildung gesehen wurde. Joanna Urbanek hob die Bedeutung der privaten bzw. familiären Erinnerung hervor, zumal wenn diese mit der Trauer um die im Krieg getöteten Angehörigen korrelierte. Für diese Erinnerung und die Verarbeitung braucht es Zeit in den Familien und noch mehr in den einzelnen Gesellschaftsgruppen, wie Jay Winter betonte. Attila Pók wies auf die Verarbeitung des für die einzelnen europäischen Länder höchst unterschiedlich empfundenen Kriegsendes hin. Im Falle Ungarns tangier(t)e die Niederlage und der Vertrags von Trianon das kollektive Selbstwertgefühl nachhaltig negativ. Ungeachtet dessen werden die Faktoren, die zum Verlust von zwei Drittel des ungarischen Staatsgebiets führten, ausgesprochen divergent gewichtet und interpretiert. In einem abschließenden Kommentar plädierte Jay Winter zu einer weit gefassten territorialen Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg und seinen Folgen, die über die klassische Nationalgeschichte inhaltlich und methodisch hinausgeht.

Konferenzübersicht:

Welcome address

Peter Lizák (Ambassador of Slovak Republic)

Introduction

Jan Rydel (Kraków) / Matthias Weber (Oldenburg)

Key Note

Jay Winter (New Haven): The Second Great War, 1917–1923

I. The End of Empires and the Emergence of a New State Order

László Szarka (Budapest): Die Alternative des Verhandlungsfriedens in Donaauraum. Ungarn und die Nachbarvölker zwischen Asterrevolution und kommunistischer Machtergreifung 1918–1919

Tobias Weger (Oldenburg): „Mitteleuropa“, „Międzymorze“ and the „Little Entente“. Conflicting transnational spatial concepts in East-Central and Southeast Europe

Jochen Böhrer (Jena): The Central European Civil War, 1918–1921

Marek Kornat (Warsaw): Dmowski, Piłsudski and others. Geopolitical visions of the reborn Poland and its role in postwar Europe

Commentator: Dušan Kováč (Bratislava)

II. New Beginnings and Political Emancipation (Part 1)

Burkhard Olschowsky (Oldenburg): „Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ aus der Perspektive W. I. Lenins und W. Wilsons

Michael Eric Lambert (Paris): The end of the German Empire and the emergence of the Volksdeutsche terminology

Wolfgang Templin (Berlin): Versailler Scharaden. Polen und die Ukraine auf den Pariser Friedenskonferenzen

Marcela Sălăgean (Cluj-Napoca): New beginnings and political emancipation in Romania after the First World War

Commentator: Tobias Weger (Oldenburg)

III. New Beginnings and Political Emancipation (Part 2)

Attila Simon (Komárno/ Komárom): Proletarischer Internationalismus oder Nationalis-

mus. Alternativen der Sozialdemokratie in der Slowakei nach dem Ersten Weltkrieg

Andreea Dăncilă (Cluj-Napoca): The Dynamics of post-war political structures in multi-ethnic regions. Transylvania at the end of 1918

Beka Kobakhidze (Oxford): Paris 1919–1920: Georgia's independence in the political West

Karolina Łabowicz-Dymanus (Warsaw): Granting political rights to women in Czechoslovakia, Hungary and Poland: towards gender equality or a pragmatism of national revival?

Commentator: Jan Rydel

IV. Social, Economic and Cultural Circumstances

Maciej Górny (Warsaw): Post-WWI East-Central Europe and the challenges of economic reconstruction, 1918–1923

Andrei Zamoiski (Minsk): „Peasants wait for them with hope“: The civil war in Belarussian province 1919–1922

Piotr Juszkiewicz (Poznań): Modernism and war. The notion of regeneration in European art and architecture after WWI

Commentator: Stefan Troebst (Leipzig)

V. Revolutions, Counter-revolutions, Revisionism and Territorial Claims

Arnold Suppan (Vienna): Cuius regio eius natio. Arguments to legitimize territorial claims against other nations' lands

Ibolya Murber (Budapest): Die Habsburgermonarchie, Österreich und Ungarn in der Sogwirkung der russischen Oktoberrevolution“ zwischen 1917 und 1919

Rastko Lompar (Belgrad): The „Red Scare“ in Yugoslavia: the Hungarian „Soviet republic“ and the beginning of Yugoslav anti-communism 1919–1921

Commentator: Ingo Loose (Berlin)

VI. Social and psychological Consequences of the War

Marek Syrný (Banská Bystrica): Finis Hungariae – Vivat Czechoslovakia. Slovak politics and society at the edge of the 1918–1919

Rudolf Kučera (Prague): Murder and the post-war reconstruction. Czechoslovakia and Austria compared

Joanna Urbanek (Warsaw): From the shell shock to the Rentenneurose. Early research on war trauma in Poland, Austro-Hungary and Germany (1917–1923)

Commentator: Hannes Grandits (Berlin)

VII. Memories of the Great War

Peter Haslinger (Marburg): Konkurrenz im Gelände: Staatliche Interessen und lokale Lebenswelten im Kontext der ungarisch-tschechoslowakischen Grenzziehungskommission 1921–1925

Bartosz Dziewanowski-Stefańczyk (Warsaw): Creation of new politics of memory as a consequence of the rebirth of a state. Case study: Poland in the first years after the First World War

Vasilius Safronovas (Klaipėda): Non-overshadowed expressions of the First World War experiences in Lithuania (1914–1923)

Florin Abraham (Bukarest): Did the Great War end? Memory and memorialization of the First World War in Romania

Commentator: Attila Pók (Budapest)

Tagungsbericht *Central and Eastern Europe after the First World War / Mittel- und Osteuropa nach dem Ersten Weltkrieg*. 31.01.2018–02.02.2018, Berlin, in: H-Soz-Kult 23.06.2018.